EU-Verfahren gegen Bundesrepublik

Honorarordnungen der Freien Berufe stehen im Fokus

Wieder einmal macht die Europäische Kommission (EU) ihre Drohung wahr und greift die freien Berufe in Deutschland an. Diesmal haben die Bürokraten aus Brüssel die Architekten, Ingenieure und Steuerberater im Fadenkreuz.

Sie hatte schon vor Wochen ihr Vorgehen angekündigt. Die Kommission in Brüssel hat am 18. Juni 2015 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland und fünf weitere Staaten eingeleitet. Der Vorwurf: Die deutsche Gebührenverordnung für Architekten, Ingenieure und Steuerberater verstößt nach ihrer Ansicht gegen EU-Recht. In dem Verfahren wird die Bundesregierung aufgefordert, die gesetzlichen Mindestsätze für die drei Berufsgruppen abzuschaffen. In der Begründung aus Brüssel heißt es unter anderem, dass es keinen Beleg dafür gebe, dass Mindestsätze einen Beitrag dazu leisteten, hohe Qualitätsstandards sicherzustellen. Daher würden solche Sätze eindeutig den Wettbewerb behindern und machten die erbrachten Leistungen damit für die Verbraucher unnötig teuer.

Behinderungen im Binnenmarkt

Die Kommission stützt sich in dem Verfahren darauf, dass die Dienstleistungsfreiheit eine der Grundlagen des Binnenmarkts ist. In den vom jetzigen Verfahren betroffenen Mitgliedstaaten gebe es noch Hindernisse für Firmen und Einzelpersonen, die ihre Dienste frei in der ganzen EU anbieten wollten. Dem Gerichtshof der Europäischen Union zufolge führt das zu Behinderungen im Binnenmarkt für Dienstleistungen. Diese Regeln hätten nur dann Bestand, wenn sie aus „zwingenden Gründen des Allgemeininteresses gerechtfertigt, verhältnismäßig und nicht diskriminierend sind“.

In einer Anhörung beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) in Berlin erläuterten die Vertreter der drei Berufsgruppen sehr deutlich ihre Positionen. Schützenhilfe bekommen Architekten, Ingenieure und Steuerberater von den

Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Diese hatten sich bereits Anfang Juli, anlässlich des derzeitigen Evaluierungsprozesses der Berufszugangsregelungen, ausdrücklich zu den Freien Berufen bekannt (Bundestagsdrucksache 18/5217) und die Bundesregierung aufgefordert, „mit dem System der Kosten- und Honorarordnung der Freien Berufe (...) zu gewährleisten, dass weiterhin eine am Gemeinwohl orientierte Leistungserbringung sichergestellt und ein Preiswettbewerb auf Kosten der Qualität verhindert wird.“ Dieser Hinweis verdeutlicht, so zeigte es die Anhörung, an der nicht nur Vertreter des BMWi, sondern auch aus dem Bundesbau- und dem Bundesfinanzministerium teilnahmen, dass die EU-Kommission verstärkt eher auf einen Preiswettbewerb setzt als auf einen Qualitätswettbewerb. Dies wurde von allen Beteiligten grundsätzlich abgelehnt. Volkswirtschaftlich sei dies bedenklich, betonten Vertreter der Bundesarchitektenkammer.

Parallelen zur zahnärztlichen Honorarordnung

Die Parallelen zur Honorarordnung der Zahnärzte sind deutlich. Auch sie dient der Qualitätssicherung und dem Verbraucherschutz. Sie verhindert den Einzug von Dumpingpreisen bei wichtigen Gütern der Daseinsvorsorge sowie einen ungesunden Wettbewerb nur über den Preis und nicht über die Qualität der zahnärztlichen Leistung. Inwieweit die Zahnärzteschaft in Zukunft von den Deregulierungsbestrebungen der EU betroffen sein wird, und ob auch in diesem Bereich Vertragsverletzungsverfahren drohen, ist noch offen. Eines zeigte die Anhörung aber deutlich: Die EU versucht, über die Dienstleistungsrichtlinien Einfluss auf nationale Ordnungen zu nehmen.

Peter Königsfeld